



Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal

Yvonne Feri
Etzel matt 12
5430 Wettingen
yvonne.feri@parl.ch

15.12.2017

Bericht aus der Session – Nummer 25 Rückblick auf die Wintersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Schon wieder ist ein politisches Jahr vorbei und Sie erhalten meinen Bericht zur letzten Session 2017 – die Mitte der laufenden Legislatur. Wie immer in der Wintersession war das Budget ein Thema. Ein langwieriger Prozess, in denen beide Räte versuchten, sich zu «finden». In den Medien dominierten die Berichte zur sexuellen Belästigung. Auch ich hatte Auftritte zu diesem Thema, beispielsweise als Gast in der [Rundschau](#) oder mit meiner NR-Kollegin Doris Fiala im Talk bei [Tele Züri](#). Ausserdem wurde ich im Rahmen dieser Debatte auch persönlich angegriffen. Der Aargauer Ex-Lehrer Peter Richard äusserte sich negativ zu meinem Äusseren. Die [Aargauer Zeitung](#) berichtete darüber. Solche Aussagen zeigen, dass in der Gleichstellungsfrage noch viel Arbeit vor uns liegt. Und es ist an der Zeit, dass wir respektvoller miteinander umgehen und die persönliche Integrität achten.

Haben Sie auch ein App auf Ihrem Smartphone, welche täglich Ihre Schritte zählt? Ja, auch mit dem Thema der Digitalisierung habe ich mich einmal mehr auseinandergesetzt. Am 12. Dezember nahm ich an einem Podiumsgespräch von Public Health Schweiz zum Thema "Digitalisierung im Gesundheitswesen" teil. Eine spannende Diskussion, bei der es beispielsweise auch um den Nutzen für die Patienten und Patientinnen oder die Datensicherheit ging. Dieses Thema wird uns im nächsten Jahr sicher weiter beschäftigen, denn das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier wird in Kraft treten. Und übrigens teste ich zurzeit ein solches «Gesundheits-App». Wermutstropfen: Meine häufigen Velofahrten werden nicht aufgezeichnet. Und noch eine Anekdote: Ich musste durch die Teilnahme an der Veranstaltung einige Minuten früher aus dem Rat und verpasste dadurch Abstimmungen, was sich negativ auf Abwesenheitsstatistiken auswirken wird.

In Bern und in Basel haben rund um die Kampagne «16 Tage gegen häusliche Gewalt» zwei Veranstaltungen stattgefunden, welche ich moderierte. Titel: «Cybermobbing gegen Mädchen und junge Frauen». Es ist eine Tatsache, dass in der Schweiz jede/r vierte Jugendliche schon Opfer

von Cybermobbing wurde. Bei Cybermobbing übers Internet sind Mädchen doppelt so häufig betroffen, über das Mobiltelefon gar dreimal so häufig wie Jungen. Am Häufigsten findet Cybermobbing in den sozialen Netzwerken statt. Die meisten Attacken (45%) finden via gemeine oder verletzende Nachrichten statt, die an das Opfer geschickt werden. 15% der Attacken sind direkte Drohungen an das Opfer. 11% der Attacken beinhalten das in Umlauf bringen von gemeinen Nachrichten und beschämenden Bildern über das Opfer. In beinahe zwei Dritteln aller Fälle sind Cybermobbing-Opfer auch Cybermobbing-Täter und umgekehrt. 84% der Kinder, die Cybermobbing erlebt haben, haben mit jemandem darüber gesprochen. Die meisten Kinder vertrauen sich einem Freund, einer Freundin, den Eltern und/oder den Geschwistern an. Im Rahmen dieser Veranstaltung entstanden spannende Diskussionen. Wo besteht Handlungsbedarf? Ist es im Elternhaus, in der Schule oder in der Politik? Cybermobbing ist ein aktuelles und wichtiges Thema, das uns auch in Zukunft sicher noch beschäftigen wird.

Folgende Vorstösse habe ich in dieser Session eingereicht – alle sind kurzfristig entstanden, denn kurz vor Beginn der Wintersession hatte ich «noch nichts im Köcher». So kann es manchmal gehen:

- [17.4000](#) Empfehlungen für ein positives Körperbild als Grundlage für eine gesunde psychische und physische Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen (Postulat)
- [17.4001](#) Für ein positives Körperbild bei Jungen und Mädchen Die Unternehmen einbinden? (Interpellation)
- [17.4027](#) Respektvoller Umgang im Bundeshaus (Interpellation)
- [17.5498](#) Armutsbetroffenheit in der Schweiz (Frage)
- [17.5574](#) Istanbul-Konvention. Wie weiter? (Frage)
- [17.5591](#) Gender Equality in den aussenpolitischen Dossiers (Frage)
- [17.5621](#) Verbesserung der Geschlechtergleichstellung (Frage)
- [17.5622](#) Universal Periodic Review. Empfehlungen des Uno-Menschenrechtsrates (Frage)

Ausgewählte Geschäfte dieser Wintersession waren ausserdem:

GESUNDHEIT: Der Bundesrat soll die Ursachen, die sich hinter der Diagnose ADHS verbergen, systematisch prüfen müssen. Der Nationalrat hat einen entsprechenden Vorstoss von Verena Herzog (SVP/TG) angenommen. Mit 90 zu 81 Stimmen bei 4 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer der Motion zu. Über diese muss nun der Ständerat befinden. Stimmt auch er Ja, muss der Bundesrat die gemäss dem Vorstoss "viel zu hohe Verschreibungspraxis" von Ritalin in der Deutsch- und Westschweiz reduzieren. Gesundheitsminister Alain Berset sieht indes keinen Anlass, in die ärztliche Behandlungsfreiheit einzugreifen. Für eine vertiefende Analyse wäre laut Berset eine systematische Kontrolle der Verschreibungspraxis erforderlich. Das sei jedoch Sache der Kantone.

Im Gegensatz zur Mehrheit meiner Fraktion habe ich diesen Vorstoss unterstützt. Mir ist es wichtig, dass einerseits die Diagnosen in hoher Qualität erfolgen und andererseits Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn keine anderen Wege gefunden werden.

E-ZIGARETTEN: Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat keine zusätzlichen Informationen zur Gefährlichkeit von E-Zigaretten. Mit 106 zu 69 Stimmen hat er ein entsprechendes Postulat seiner Gesundheitskommission (SGK) abgelehnt. Bevor der Verkauf dieses Produkts erlaubt werde, solle zuerst aufgezeigt werden, wie es sich auf die Gesundheit der Menschen auswirke, argumentierte die Kommissionsmehrheit. Sie nahm Bezug auf die Pläne des Bundesrats, den Verkauf von E-Zigaretten künftig zuzulassen. Anderer Meinung waren unter anderem SVP und FDP. Es sei erwiesen, dass E-Zigaretten viel weniger schädlich seien als klassische Zigaretten, sagte Raymond Clottu (SVP/NE). Sie böten erwachsenen Rauchern eine legitime Alternativen zur Zigarette. Daher sei eine Liberalisierung im Umgang mit diesem Produkt angezeigt.

Bei diesem Geschäft war ich Berichterstatterin für die Kommission. Es sprechen in der Regel zwei Personen zu jedem Geschäft. Dies sind jeweils ein deutsch- und ein französischsprachiges Mitglied aus der vorberatenden Kommission. Da in der Kommission für Soziales und Gesundheit des Nationalrates nur wenig französisch sprechende Mitglieder zu finden sind, habe ich mich für die französische Sprache zur Verfügung gestellt. Das war eine Herausforderung! Zum Glück hat mich in der Vorbereitung ein Mitarbeiter der SP unterstützt. Ihm gebührt ein grosses Dankeschön.

VOLLGELD: Wie der Ständerat ist auch der Nationalrat der Vollgeld-Initiative gegenüber skeptisch eingestellt. Er hat die Beratungen zur Volksinitiative am Mittwoch aufgenommen. Diese verlangt, dass in Zukunft nur die Nationalbank elektronisches Geld erzeugen darf, Geschäftsbanken dagegen nicht mehr. Dies soll das Finanzsystem stabilisieren. Das Volksbegehren ziele auf ein gefährliches und unnötiges Experiment ab, sagten die Fraktionssprecher der Grünen, der GLP und der CVP. Auch sei nicht bewiesen, dass Vollgeld künftig Finanzblasen und -krisen verhindern könne. Die Sprecher der anderen Fraktionen kamen noch nicht zu Wort. Die Beratung wird kommende Woche fortgesetzt.

Was ist Vollgeld? Ich verzichte auf eine Erklärung, da diese sicher fehlerhaft wäre. In der Abstimmung habe ich mich enthalten. Ich bin der Meinung, dass die Diskussion über unsere Finanzwelt unglaublich wichtig und richtig ist und die Thematik ist sehr komplex. Meine Vision ist nach wie vor ein gesunder Finanzplatz.

PÄDOPHILIE: In gewissen Fällen dürfen einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter auch in Zukunft mit Kindern und Abhängigen arbeiten. Nach dem Ständerat hat am Montag auch der Nationalrat zugestimmt, die Pädophilen-Initiative mit einer Härtefallklausel umzusetzen. Diese erlaubt Ausnahmen in besonders leichten Fällen. Ein einmal ausgesprochenes Verbot, mit Kindern oder Abhängigen zu arbeiten, soll aber nicht nachträglich aufgehoben werden können. Noch keine Einigkeit gibt es bei den Delikten, die ein solches Verbot nach sich ziehen: Der Nationalrat ist dagegen, leichte Straftaten aus dem Katalog der Anlasstaten zu streichen.

KINDESSCHUTZ: Kita-Mitarbeiterinnen sollen künftig verpflichtet sein, bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls die Behörden zu informieren. Der Nationalrat hat am Dienstag einer Ausweitung der Meldepflicht zugestimmt. Das betrifft alle, die beruflich regelmässig mit Kindern Kontakt haben. Mit dem Ja hat der Nationalrat seine Meinung geändert: Letztes Jahr hatte er es abgelehnt, auf die Vorlage einzutreten. Damals stimmten die SVP und die FDP geschlossen dagegen. Nun haben sich die Befürworter durchgesetzt, mit Hilfe einiger Stimmen aus den Reihen der FDP. Allerdings hat der Rat die Voraussetzungen für eine Meldung erhöht: Die KESB soll nur informiert werden, wenn konkrete Hinweise vorliegen, dass die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität einer minderjährigen Person gefährdet ist.

Als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz war mir dieses Geschäft ein besonderes Anliegen. Die Stiftung hat mit grossem Effort bei den Parlamentsmitgliedern für eine unterstützende Position lobbyiert.

PARLAMENT: Der Nationalrat tut sich schwer mit zusätzlicher Transparenz. Am Dienstag hat er zwar eingehend über die Pflicht zur Deklaration des Arbeitgebers und die Veröffentlichung von

Kommissionsunterlagen diskutiert. Die Anträge fanden aber keine Mehrheit. Zugestimmt hat der Nationalrat einem neuen Register, in dem Reisen im Auftrag des Parlaments offengelegt werden. Weitere Änderungen betreffen den Inhalt von Botschaften ans Parlament, das Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität, die Ordnungsanträge oder die Fristen zur Behandlung von Volksinitiativen.

Viele im Parlament tun sich schwer mit Transparenz und Anpassungen an einen moderneren Parlamentsbetrieb. Erneuerungen sind schwierig, das verstehe ich. Wenn aber immer nur das Sparen im Mittelpunkt steht, dann kommen wir kaum weiter.

Wenn Sie gerne mehr zu diesen oder anderen Geschäften aus der Wintersession lesen möchten, finden Sie die entsprechenden Informationen auf www.parlament.ch

Zum Abschluss des politischen Jahres ein kurzer Ausblick auf mein Jahr 2018. Neben meiner Arbeit als Nationalrätin werde ich mich weiterhin in der Stiftung Kinderschutz engagieren. Sie soll stabilisiert in die Zukunft geführt werden. Denn sie nimmt eine wichtige Aufgabe wahr, Kinder sind unsere Zukunft.

Ausserdem will ich weiter am Aufbau und Ausbau meiner Firma fair.fairer.feri arbeiten. Da wir ein Milizparlament sind, bin ich darauf angewiesen, neben meinem politischen Amt auch ein berufliches Standbein zu haben. Falls Sie mehr über die Dienstleistungen meiner Firma wissen möchten, finden Sie diese unter www.fair-fairer-feri.ch – ab dem neuen Jahr finden Sie die Angebote unter Feri-mit-Wirkung.

Nun wünsche ich Ihnen von Herzen frohe Festtage und alles Gute für das kommende Jahr. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an meiner (politischen) Arbeit und vielleicht begegnen wir uns bei einer Veranstaltung irgendwann persönlich. Ich freue mich, wenn Sie auch im nächsten Jahr regelmässig meine Sessionsberichte lesen!



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

PS: Und sollte Ihre Postadresse in den letzten Monaten geändert haben, freue ich mich, wenn Sie mir das mitteilen – yvonne.feri@parl.ch – Vielen Dank!